

5826a

Beschluss des Kantonsrates über die Behördeninitiative KR-Nr. 354/2020 des Gemeinderates der Stadt Zürich betreffend Schaffung einer kantonalen Rechtsgrundlage für eine Stellvertretungsregelung in den Gemeindeparlamenten

1. Ausgangslage

Am 3. September 2020 reichte der Gemeinderat der Stadt Zürich die Behördeninitiative betreffend «Schaffung einer kantonalen Rechtsgrundlage für eine Stellvertretungsregelung in den Gemeindeparlamenten» (KR-Nr. 354/2020) ein. Sie wurde am 11. Januar 2021 im Kantonsrat behandelt und mit 83 Stimmen vorläufig unterstützt. Zweieinhalb Monate später reichten Sibylle Marti und Mitunterzeichnerinnen eine parlamentarische Initiative (PI) betreffend «Stellvertretungsregelung für Zürcher Parlamente» (KR-Nr. 420/2020) ein.

2. Zusammenfassung der Beratung in der Kommission

Nachdem die Kommission für Staat und Gemeinden (STGK) den Gemeinderat Zürich angehört hatte, beschloss sie, die Behördeninitiative gemeinsam mit der PI Marti zu behandeln. Für die detaillierte Zusammenfassung der Beratung in der Kommission wird auf den Bericht der STGK zur Vorlage KR-Nr. 420a/2020 verwiesen.

3. Ergebnis der Kommissionsberatungen

Die Anliegen der Behördeninitiative sind in die Beratung der PI Marti eingeflossen, weshalb die STGK dem Antrag des Regierungsrates folgt, die Behördeninitiative abzulehnen.

* Die Kommission für Staat und Gemeinden besteht aus folgenden Mitgliedern: Michèle Dünki-Bättig, Glattfelden (Präsidentin); Isabel Bartal, Zürich; Michael Biber, Bachenbülach; Susanne Brunner, Zürich; Tina Deplazes, Hinwil; Isabel Garcia, Zürich; Sonja Gehrig, Urdorf; Florian Heer, Winterthur; Benjamin Krähenmann, Zürich; Gabriel Mäder, Adliswil; Fabian Müller, Rüschlikon; Christian Pfaller, Bassersdorf; Roman Schmid, Opfikon; Nicola Yuste, Zürich; Christina Zurfluh Fraefel, Wädenswil; Sekretärin: Sandra Bolliger.

5. Chronologischer Ablauf

Die Kommission behandelte die Behördeninitiative an insgesamt neun Sitzungen:

- 8. Juli 2022: Präsentation Vorlage und Anhörungen Gemeinderat Zürich
- 11. November 2022: Beratung, gemeinsam mit Vorlage 420/2020
- 9. Dezember 2022: Beratung gemeinsam mit Vorlage 420/2020
- 10. Februar 2023: Beratung gemeinsam mit Vorlage 420/2020
- 3. März 2023: Beratung gemeinsam mit Vorlage 420/2020
- 31. März 2023: Beratung gemeinsam mit Vorlage 420/2020
- 21. April 2023: Beratung gemeinsam mit Vorlage 420/2020
- 28. April 2023: Beratung gemeinsam mit Vorlage 420/2020
- 31. Mai 2024: Schlussabstimmung

6. Antrag der Kommission

Die Kommission für Staat und Gemeinden beantragt dem Kantonsrat einstimmig, die Behördeninitiative abzulehnen.

Zürich, 20. September 2024

Im Namen der Kommission

Die Präsidentin:

Michèle Dünki-Bättig

Die Sekretärin:

Sandra Bolliger